

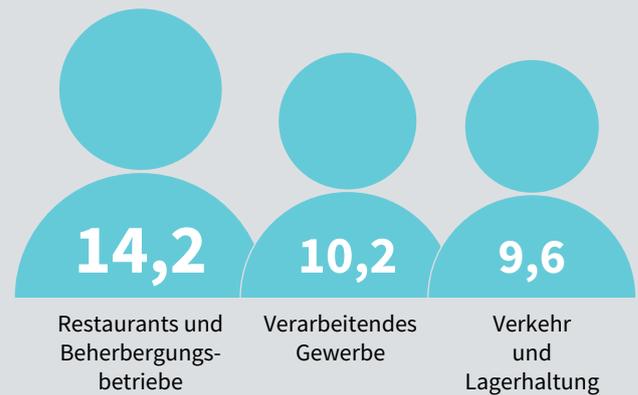
Boon or bane?

Brexit. Vor dem Brexit-Votum im Juni 2016 fragte der iwd den Ökonomen und Brexiteer Patrick Minford sowie den Remainer und Geschäftsführer des Industrieverbands EEF Terry Scuoler, was sie von den Austrittsplänen halten. Inzwischen ist der Brexit beschlossen und der iwd hat die beiden Kontrahenten erneut um eine Einschätzung gebeten. Was die meisten deutschen Unternehmen zum Brexit sagen, ist schnell erzählt: „So what?“. Alles andere als egal dürfte es dagegen der britischen Wirtschaft sein, wenn die Personenfreizügigkeit wegfällt – denn sie beschäftigt gut 2,2 Millionen EU-Bürger.

→ [Seiten 2-5](#)

Im Dienste der britischen Wirtschaft

Im Vereinigten Königreich kommen so viel Prozent der Beschäftigten dieses Wirtschaftszweigs aus anderen EU-Ländern



Stand: 2. Quartal 2016

Quelle: Office of National Statistics
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Krankenstand

17,3

Tage

sind Arbeitnehmer in Deutschland pro Jahr durchschnittlich krankgeschrieben. Woran die Deutschen leiden und in welchen Berufen besonders viele Arbeitsunfähigkeitstage anfallen, zeigt die iwd-Grafikstrecke, die auch als interaktive Grafik auf iwd.de/krankenstand zu finden ist.

→ [Seiten 6-7](#)

© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Typische Fehler

Verhaltensökonomie. Auch wenn die gefühlte Wahrheit derzeit besonders beliebt ist – wer sich bei der Geldanlage auf sein Bauchgefühl verlässt, zahlt meistens drauf. Verhaltensökonomien haben sieben typische Denkfehler bei der Geldanlage ausgemacht.

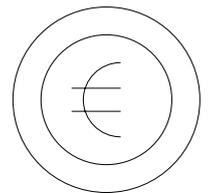
→ [Seite 9](#)



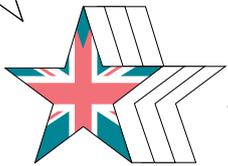
Allerletzte Chance

Steuerpolitik. Weil Bund und Länder es versäumt haben, bei ihren Verhandlungen über eine Neuregelung der Bund-Länder-Finzen einen Fehler im System zu korrigieren, steigt die Grunderwerbssteuer seit Jahren. Noch besteht allerdings die Möglichkeit, die Scharte auszuwetzen. Denn Bundestag und Bundesrat stimmen erst in einigen Wochen über die Reform des Länderfinanzausgleichs ab.

→ [Seiten 10-11](#)



Brexit – na und?



IW-Unternehmensbefragung. Deutsche Firmen sehen dem Brexit überraschend entspannt entgegen. Nur wenige – vor allem aus der Industrie – erwarten negative Folgen für ihre Geschäfte. Andere können dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sogar Positives abgewinnen, wie eine Unternehmensbefragung des IW Köln zeigt.

Aus dem Vereinigten Königreich ist immer wieder zu hören, dass vor allem deutsche Firmen alles daran setzen würden, den Brexit so sanft wie möglich zu gestalten. Tatsächlich aber können die Briten bei den Verhandlungen mit der EU kaum mit solcher Schützenhilfe rechnen. Denn über 90 Prozent der knapp 2.900 deutschen Unternehmen, die das IW Köln zu den Brexit-Folgen befragt hat, gaben bei allen Fragen an, nicht oder kaum betroffen zu sein (Grafik):

Nur 2 bis 3 Prozent der Firmen erwarten starke Auswirkungen des Brexit auf ihre Investitionen und Beschäftigtenzahlen.

Am meisten gefährdet sehen deutsche Firmen noch den Außenhandel mit der Insel. Doch selbst in diesem Bereich stellt sich nicht mal jede zehnte Firma auf erheblich härtere Zeiten ein. Dazu passt, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2017 laut IW Köln aufgrund des rückläufigen Handels mit den Briten nur um ein viertel Prozent niedriger ausfallen dürfte als ohne Brexit-Votum.

Generell sehen Firmen mit mehr als 500 Mitarbeitern die Nach-Brexit-Welt düsterer als kleine und mittlere Unternehmen. Doch auch die Großunternehmen glauben nicht, dass sich die erwarteten Exporteinkünfte stark auf ihre Beschäftigtenzahlen und Investitionen auswirken.

Viele Firmen können dem Brexit sogar Positives abgewinnen:

Knapp ein Viertel der befragten Unternehmen geht davon aus, dass der Brexit ihr Geschäft begünstigt.

Sechs von zehn Firmen erwarten zwar, dass es am Ende einen soften Brexit geben wird (siehe Seite 3);

entscheidend ist das Wie aus Sicht der Unternehmen allerdings nicht: Mit Blick auf die Brexit-Effekte erwarten sie nur moderate Unterschiede zwischen einer harten und einer weichen Trennung.

Brexit: Das erwarten deutsche Unternehmen

So viel Prozent der befragten Unternehmen erwarten folgende Auswirkungen im Jahr 2017

■ Trifft nicht zu ■ Trifft wenig zu ■ Trifft stark zu

Beeinträchtigung ...

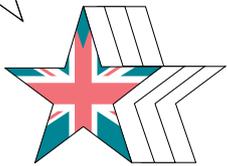
... der Exporte ins Vereinigte Königreich durch schwache Nachfrage	68	27	6
... der Exporte ins Vereinigte Königreich durch Wechselkursnachteile	66	25	9
... der Produktionsprozesse durch eingeschränkte Zulieferungen aus dem Vereinigten Königreich	86	13	1
... der Investitionen durch allgemein höhere Unsicherheit infolge des Brexit	77	20	3
... der Investitionen durch geringere eigene Geschäftstätigkeit mit dem Vereinigten Königreich	84	14	2
... der Geschäftstätigkeit durch eingeschränkte Personalverfügbarkeit	87	11	2
... der Personalplanung/Beschäftigung wegen unsicherer Geschäfte mit dem Vereinigten Königreich	87	11	2

Begünstigung ...

... der Geschäftstätigkeit durch positive Umlenkungseffekte	78	21	2
... der Investitionstätigkeit durch positive Umlenkungseffekte	84	16	1
... der Personalplanung/Beschäftigung durch positive Umlenkungseffekte	86	13	1
... der Personalplanung/Beschäftigung durch eine bessere Mitarbeiterverfügbarkeit	85	14	1

Umlenkungseffekte: Nachfrage und/oder Angebot verlagern sich aus dem Vereinigten Königreich nach Kontinentaleuropa
Befragung von 2.309 Unternehmen in Westdeutschland und 572 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober und November 2016

Auf nach Norwegen



Brexit. In den anstehenden Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich muss die Europäische Union auf eine kompromisslose Strategie setzen. Nicht zur Bestrafung, sondern aufgrund ökonomischer Ratio: Zugeständnisse an die Briten wären aus spieltheoretischer Sicht falsch.

In puncto Brexit ist aus europäischer Sicht eine harte Verhandlungsposition gegenüber Großbritannien die beste Strategie – zumindest langfristig. Das zeigt eine spieltheoretische Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Sie interpretiert den Verhandlungsprozess zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich als strategisches Spiel: Die Spieler können jeweils zwischen einer kompromisslosen und einer kompromissbereiten Verhandlungstaktik wählen. Um zu einem Vertragsabschluss zu kommen, müssen sich beide Seiten über den Zugang zum EU-Binnenmarkt, die Personenfreizügigkeit sowie die finanziellen Beiträge der Briten zum EU-Haushalt einigen. Daraus folgen vier mögliche Varianten (Grafik):

Die kompromisslose Haltung beider Seiten – der Exit-WTO: Nur über die Welthandelsorganisation hätten die Briten noch Zugang zum europäischen Markt. Für britische Unternehmen würden dann jährlich knapp 6 Milliarden Pfund an zusätzlichen WTO-Zöllen fällig, die Regierung spart dafür 9 Milliarden Euro an EU-Mitgliedsbeiträgen.

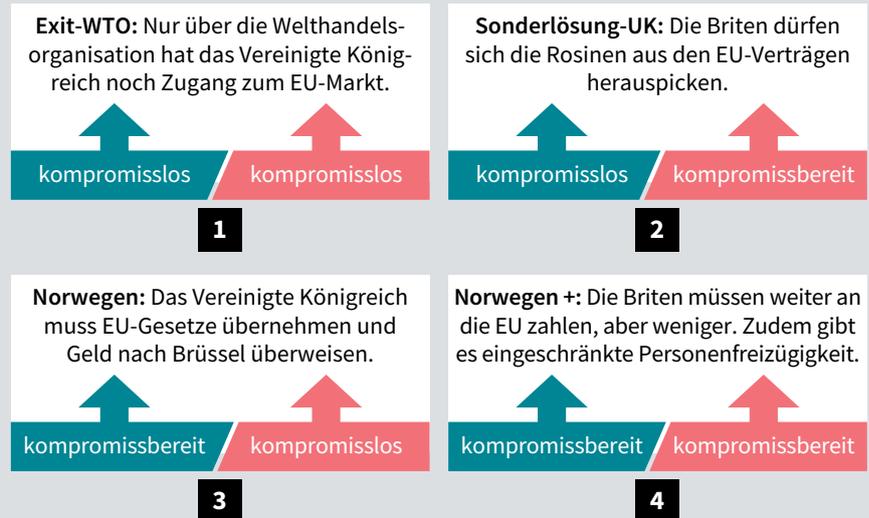
Die EU erlaubt den Briten ein Rosinenpicken – die Sonderlösung-UK: Die britische Regierung ginge als strahlender Sieger aus den Verhandlungen hervor.

Das Königreich gibt nach, die EU bleibt hart – die Norwegen-Lösung: Die Briten müssten wie Norwegen

Vier Wege zum Brexit

Je nach Verhandlungsstrategie der Europäischen Union und des Vereinigten Königreichs sind unterschiedliche Vertragsbeziehungen denkbar

■ Vereinigtes Königreich ■ Europäische Union



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

EU-Gesetze übernehmen und weiterhin bis zu 5 Milliarden Euro pro Jahr an die EU überweisen.

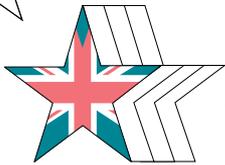
Beide Verhandlungspartner sind kompromissbereit – Norwegen +: Das Vereinigte Königreich müsste niedrigere EU-Beiträge zahlen und bekäme eine eingeschränkte Personenfreizügigkeit.

Wie geht das Spiel aus? Mit Blick auf die langfristigen Folgen kann es aus europäischer Sicht keine Sonderlösung für die Briten geben. Zu hoch wäre das Risiko, dass andere Staaten dem Vereinigten Königreich nahebei-

fern. Die Europäer präferieren deshalb die kompromisslose Strategie, den Exit-WTO.

Aber auch Großbritannien hat langfristig kein Interesse daran, dass die EU auseinanderfällt – worauf es bei einer Sonderlösung hinauslaufen könnte, weil andere EU-Staaten sich dann ebenfalls nur noch die Rosinen herauspicken wollen. Deshalb ist eine kompromissbereite Verhandlungsführung für die Briten die beste Entscheidung. Somit wäre das einzig mögliche Resultat – zumindest langfristig – die Norwegen-Lösung.

Ist der harte Brexit ein Problem?



Brexit. Über das Wie des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU wird auch auf der Insel gestritten. Der iwd lässt deshalb erneut zwei britische Experten zu Wort kommen, die bereits vor dem Referendum unterschiedlicher Auffassung waren (siehe iwd 22/2016).



Foto: Privat

Nein



Patrick Minford
ist Wirtschaftsprofessor an
der Cardiff Business School,
Cardiff University

„Wir haben nichts zu befürchten“

Es ist töricht anzunehmen, dass EU-Politiker nicht ernst meinen, was sie über die „Unteilbarkeit des Binnenmarktes“ sagen. Und es ist unwahrscheinlich, dass sie für Theresa May ihre Meinung ändern. Was sollte die Premierministerin also tun? Das Handtuch werfen und letzten Endes doch einen „soften Brexit“ anstreben und weiterhin der EU die Kontrolle über unsere Grenzen und Vorschriften überlassen?

Wenn sie dies täte, würde sie die Verbraucher im Vereinigten Königreich weitere Jahre zu überhöhten Preisen verdammen und die Entwicklung unserer Landwirtschaft und der Verarbeitenden Industrie auf ewig durch globale Effizienzstandards verzögern. Dies wäre ein Verrat an der Zukunft des Vereinigten Königreichs.

Ohne ein Freihandelsabkommen mit der EU sollte May ihr angekündigtes Versprechen halten und das Vereinigte Königreich zur weltweiten Führungsmacht des freien Welthandels machen. Es gibt viele Möglichkeiten, dies zu erreichen – beispielsweise könnte May für Handelsabkommen mit dem Rest der Welt werben, um einen umfassenden Zugang zu den globalen Märkten zu erreichen. Inzwischen sollte sie alle bestehenden EU-Handelsschranken für Lebensmittel und Erzeugnisse unverzüglich beseitigen. Dies würde der Welt signalisieren, dass wir wieder eine Nation des Freihandels sind, wie damals, als wir die Corn Laws (Kornesetze) 1846 für ungültig erklärten.

Auch der Londoner Finanzplatz profitiert vom Brexit – einerseits, weil der Austritt Sektoren wie The City fördert, andererseits, weil die Finanzbranche nicht mehr von der EU reglementiert werden wird, sondern von ihrer erfolgreichen früheren Regulierungsbehörde – der Bank of England.

Obwohl wir und Mrs May hochofren sind, wenn uns die EU entgegenkäme und nach dem Brexit in einen freien Handel einwilligt – falls es nicht so kommt, müssen wir nichts befürchten. Unsere optimale Strategie ist, uns auf jeden Fall für die Alternative des Freihandels weltweit ins Zeug zu legen.



Foto: Privat

Ja



Terry Scuoler
ist Geschäftsführer des britischen
Industrieverbands EEF

„Wir möchten beste Freunde bleiben“

Die Premierministerin hat endlich die Ziele der britischen Regierung für die Verhandlungen über unseren Austritt aus der EU dargelegt. Theresa May sprach von einem Abkommen, das gut für Großbritannien und die EU ist, denn es ist im Interesse von uns allen, dass beide Volkswirtschaften prosperieren.

Allerdings wirft Frau Mays Rede eine ganze Reihe neuer Fragen auf, insbesondere für die Produzenten, von denen viele ein Teil der erweiterten Lieferketten sind und sowohl in die EU exportieren als auch Waren und Güter importieren. Ob es nun das Problem der Zölle ist oder eine neue Art der Zollvereinbarung – es gibt viele unbeantwortete Fragen.

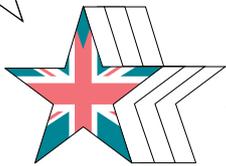
Sobald Artikel 50 eingeleitet wird, folgt eine Zeit der Verhandlungen, die von Abstrichen und Kompromissen gekennzeichnet sein wird. Das Abkommen wird irgendwann im Oktober 2018 erzielt werden. In der Zwischenzeit, sagte Mrs May, möchte sie einem „mutigen und ehrgeizigen“ Freihandelsabkommen mit der EU zustimmen, das den „freiestmöglichen“ Handel erlaubt.

Natürlich wäre es den britischen Betrieben am liebsten, wenn nach dem EU-Austritt schnellstmöglich genau die gleichen Handelsabkommen angestrebt würden wie die, die wir heute genießen. Wir wissen jedoch, dass dies eher unwahrscheinlich ist. Selbst wenn wir uns über Zölle einigen, könnten nichttarifäre Handelshemmnisse der Knackpunkt werden. Außerdem beschäftigen britische Firmen viele Menschen aus der Europäischen Union. Momentan gilt die Freizügigkeit für diese Arbeitskräfte. Es ist in unser aller Interesse, dass ein neues System so wenig invasiv wie möglich ist.

Wir sind Nachbarn und möchten beste Freunde bleiben, das hat auch Mrs May betont. Für die Industrie wäre es auf beiden Seiten des Ärmelkanals das Beste, wenn es nur zu einer begrenzten Unterbrechung des Handels käme und zu einem Maximum an Partnerschaften und Joint Ventures. Wir verlassen vielleicht die politische Union, aber wir bleiben ein fester Teil von Europa.

Briten brauchen EU-Ausländer

Brexit. In den Verhandlungen um den britischen EU-Austritt wird das Thema Personenfreizügigkeit zwangsläufig eine große Rolle spielen: Rund drei Millionen Bürger aus anderen EU-Ländern leben im Vereinigten Königreich – manche Branchen auf der Insel stünden ohne ausländische Arbeitskräfte vor riesigen Problemen.



Das Vereinigte Königreich will raus aus der Europäischen Union. Wenn beide Seiten über die Austrittsbedingungen und die künftigen Beziehungen zueinander verhandeln, wird es vor allem um die Personenfreizügigkeit gehen – neben dem freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr eine der vier Säulen des EU-Binnenmarktes.

Viele Brexitbefürworter wollen, dass ihr Land wieder ganz allein darüber entscheidet, welche ausländischen Staatsangehörigen sich im Vereinigten Königreich niederlassen und dort arbeiten dürfen. Immerhin ein Drittel derer, die für den Brexit gestimmt haben, nannten die Einschränkung der Migration als entscheidendes Kriterium für ihr Votum – sie befürchteten, dass Migranten ihnen Arbeitsplätze und Wohnraum streitig machen.

Im Jahr 2015 lebten rund drei Millionen EU-Ausländer im Vereinigten Königreich, darunter mehr als 900.000 Polen und 330.000 Iren.

Insgesamt beträgt der Anteil von EU-Ausländern an der britischen Bevölkerung 4,6 Prozent. Damit ist er deutlich höher als in Frankreich (2,2 Prozent) und Italien (2,5 Prozent) und etwas höher als in Deutschland (4,3 Prozent).

Rund 2,2 Millionen der im Vereinigten Königreich lebenden Zuwanderer aus Europa arbeiten dort – und sind in einigen Branchen schwer zu ersetzen.

So stellen EU-Ausländer mit 311.000 Beschäftigten mehr als 10 Prozent der Belegschaft im Verarbeitenden Gewerbe (Grafik). Im Gastgewerbe liegt ihr Anteil mit rund 14 Prozent noch höher. Und von den Beschäftigten in Privathaushalten stammt sogar mehr als ein Viertel aus einem anderen EU-Staat.

Wenn die britische Regierung in den Austrittsverhandlungen beim Thema Migration aus innenpolitischen Gründen einen harten Kurs fährt, werden die übrigen EU-Staaten den britischen Unternehmen im Gegenzug wohl keinen freien Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt gewähren. Die EU dürfte es den britischen Firmen überdies erschweren, geeignete Arbeitskräfte in der

Europäischen Union zu rekrutieren. Und schließlich stünde dann auch die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis der rund 1,2 Millionen Briten, die in anderen EU-Ländern leben, zur Diskussion.

Für einige britische Branchen könnte das fatale Folgen haben. Bereits im November haben vier Agrarorganisationen und 71 Lebensmittelunternehmen einen offenen Brief an Premierministerin May geschrieben: Darin unterstreichen sie, wie wichtig der Einsatz ausländischer Arbeitnehmer in ihrem Wirtschaftszweig ist – und forderten die Garantie, dass zumindest jene, die bereits im Vereinigten Königreich arbeiten, dort bleiben dürfen.

Arbeiten für die britische Wirtschaft

EU-Bürger, die im Vereinigten Königreich arbeiten

■ In Prozent aller Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig

Insgesamt	2.228.000	7,1
Verarbeitendes Gewerbe	311.000	10,2
Handel, Reparatur von Fahrzeugen	277.000	6,6
Restaurants und Beherbergungsbetriebe	243.000	14,2
Gesundheitsdienstleistungen, Sozialarbeit	215.000	5,2
Bau	210.000	9,1
Verkehr und Lagerhaltung	154.000	9,6
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	151.000	6,6
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	79.000	6,2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	22.000	6,5
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	18.000	8,3
Private Haushalte	18.000	26,8

Stand: 2. Quartal 2016

Quelle: Office of National Statistics
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

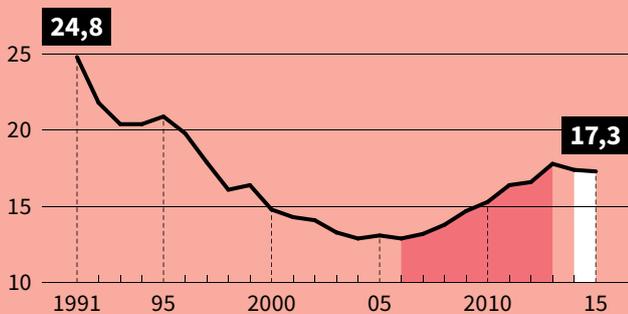
Aua und hatschi!

Der Krankenstand in Deutschland



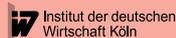
Die Krankheitstage

Durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage je Pflichtmitglied der Betriebskrankenkassen



Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich Empfängern von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner

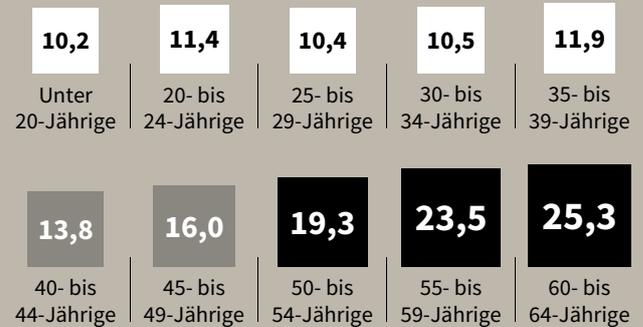
Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2017 IW Medien / iwd



Im Schnitt waren die Deutschen 2015 zweieinhalb Wochen krankgeschrieben. Damit setzt sich der 2014 eingeläutete Rückgang des Krankenstands fort. Denn zwischen 2006 und 2013 war dieser sukzessive gestiegen. Möglicherweise hat die aktuelle Entspannung auch mit dem Engagement im betrieblichen Gesundheitsmanagement zu tun, das sich nun langsam auszuzahlen beginnt.

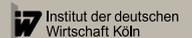
Das Alter

Durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage 2015

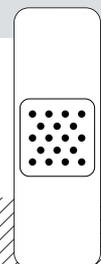


Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich freiwilliger Mitglieder und Empfängern von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2017 IW Medien / iwd



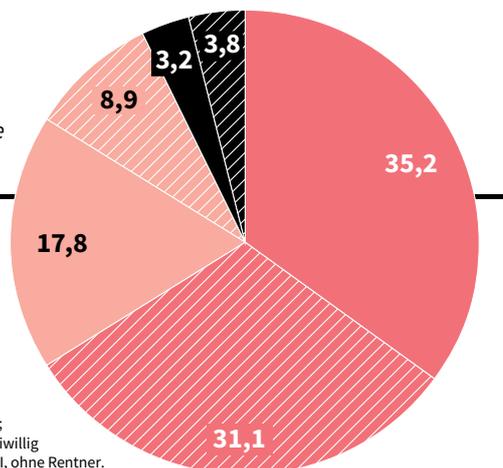
Körperliche Verschleißerscheinungen oder schwerwiegende Erkrankungen treten eher im Alter auf. Kein Wunder also, dass die Genesung älterer Mitarbeiter mehr Zeit beansprucht. Die jungen Kolleginnen und Kollegen sind zwar häufiger krankgeschrieben, aber eben in der Regel auch schneller wieder auf dem Damm.



Die Dauer

Verteilung der Arbeitsunfähigkeitsfälle 2015 in Prozent

- 1 bis 3 Tage
- 4 bis 7 Tage
- 1 bis 2 Wochen
- 2 bis 4 Wochen
- 4 bis 6 Wochen
- Mehr als 6 Wochen



1 bis 3 Tage: nur Krankmeldungen mit ärztlichem Attest; Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich freiwillig Versicherter und Empfänger von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner.

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2017 IW Medien / iwd

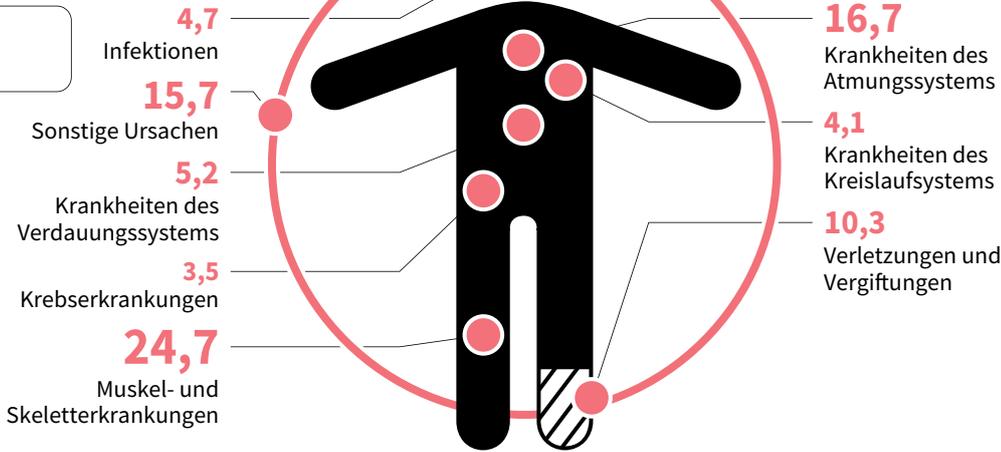


Zwei Drittel der Krankmeldungen haben sich nach spätestens einer Woche erledigt – Kurzzeiterkrankungen, für die Mitarbeiter kein ärztliches Attest vorlegen müssen, nicht eingerechnet. Obwohl nur 7 Prozent aller Krankschreibungen auf Erkrankungen entfallen, die länger als vier Wochen dauern, beanspruchen diese Fälle mehr als die Hälfte aller Ausfallzeiten.



Die Leiden

So viel Prozent der Krankheitstage entfielen 2015 auf ...



Obwohl es 2015 etwas weniger Muskel- und Skeletterkrankungen gab als 2014, geht nach wie vor jede vierte Krankenschreibung auf Beschwerden des Bewegungsapparats zurück. Die Atemwegserkrankungen verdrängten zuletzt die seelischen Leiden wieder von Rang zwei der häufigsten Krankheitsursachen. Angeschlagene Herz-Kreislauf-Systeme machen weniger als 5 Prozent aller Krankheitstage aus, obwohl die Genesung dieser Fälle durchschnittlich fast drei Wochen dauert.

Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich freiwillig Versicherter und Empfängern von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Branchen

Durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage je sozialversicherungspflichtig beschäftigtes Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung 2015 für ausgewählte Branchen

Verarbeitendes Gewerbe

Kfz-Bau	17,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	16,5
Chemie	16,5
Maschinenbau	14,9
Elektronische und elektrotechnische Fertigung	14,8

Dienstleistungsgewerbe

Postdienste	22,8
Verkehr	19,8
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	18,6
Gesundheitswesen	15,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	12,3

Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Hochrechnung für Pflichtversicherte und freiwillige Mitglieder aller gesetzlichen Krankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner

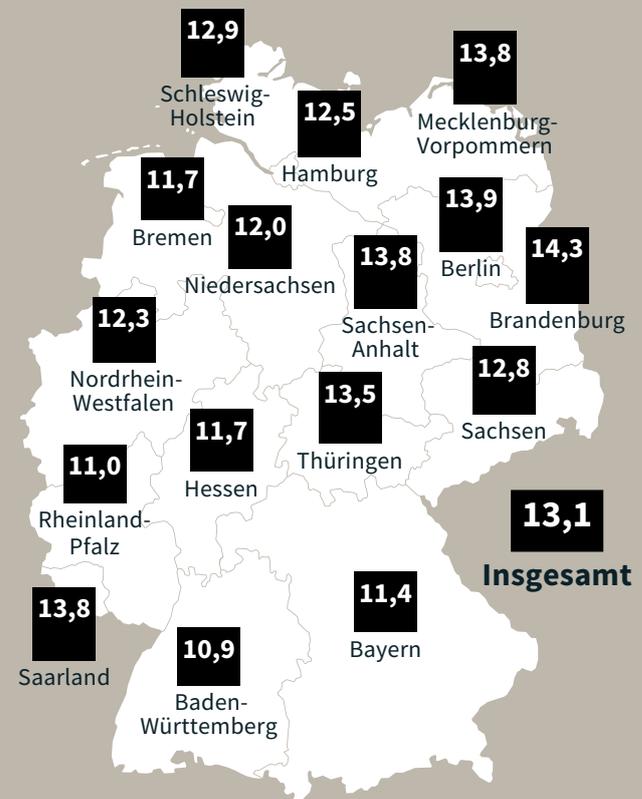
Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das Vorurteil, Knochenjobs gäbe es vor allem in der Industrie, hat sich schon lange überlebt. Im branchenübergreifenden Durchschnitt waren die Arbeitnehmer 2015 rund 16 Tage krankgeschrieben – das entspricht in etwa den Ausfalltagen in der chemischen Industrie und in der Metall- und Elektro-Industrie. Ein Grund dafür ist, dass immer mehr Maschinen und Industrieroboter gefährliche Tätigkeiten übernehmen. Anders sieht es im Dienstleistungssektor aus. Die höchsten Ausfallzeiten haben Altenpfleger, Paketzusteller und Lokführer.

Die Bundesländer

Durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage je Fall 2015



Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich freiwilliger Mitglieder und Empfängern von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

25 Jahre Vertrag von Maastricht

EU. Seit Jahren schlittert die Europäische Union von einer Krise in die andere – vorläufiger Höhepunkt war das Brexit-Votum im vergangenen Jahr. Doch trotz aller Widrigkeiten: Die Mehrheit der Europäer hält den Euro für eine gute Sache.

Vor 25 Jahren, am 7. Februar 1992, unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der damals zwölf EU-Mitgliedsstaaten im niederländischen Maastricht den Vertrag über die Europäische Union; ein entscheidender Schritt zum Euro, der vor 15 Jahren als Münzen und Scheine in die Portemonnaies kam. Und obwohl es seitdem viel Wirbel um die Gemeinschaftswährung gegeben hat – die Bürger in den 19 Euroländern stehen zu ihrer Währung (Grafik):

Im Oktober 2016 hielten im Durchschnitt 56 Prozent der Euro-Bürger ihre Währung für gut – die Spanne reicht von 40 Prozent in Zypern über gut 60 Prozent in Deutschland bis zu rund 80 Prozent in Irland.

Diese Zustimmungswerte überraschen umso mehr, als der Lebenslauf des Euro alles andere als unbeschwert war. Rückblick: Im Vertrag von Maastricht war festgelegt worden, dass nur jene EU-Länder mitmachen sollten, die bestimmte Kriterien erfüllten.

Unter anderem sollte das Defizit des öffentlichen Haushalts nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen und der staatliche Schuldenstand nicht mehr als 60 Prozent des BIP.

Im Juni 1997 beschloss der Europäische Rat in Amsterdam dann den Stabilitäts- und Wachstumspakt, mit dem die fiskalischen Kriterien in der Währungsunion auf Dauer gesichert werden sollten.

Diese Regeln wurden jedoch nicht verlässlich eingehalten. Der erste Regelverstoß erfolgte schon 1999, denn Belgien und Italien waren von Anfang an beim Euro dabei, obwohl beide einen Schuldenstand von rund 120 Prozent des BIP aufwiesen.

Ein weiteres Mal wurde 2003 gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen: Auf Druck von Deutschland und Frankreich setzte der Ministerrat ein Verfahren gegen die beiden Länder aus. Doch damit nicht genug:

Von 1999 bis 2016 wurde allein das Defizitkriterium in 108 Fällen nicht eingehalten.

Natürlich haben die Finanzkrise und die Euro-Schuldenkrise zu dieser großen Fallzahl beigetragen. Aller-

Der Euro bekommt viele Likes

So viel Prozent der Bürger in den Euroländern beantworteten die Frage „Ist der Euro gut oder schlecht für Ihr Land?“ wie folgt

	Gut		Schlecht	
Irland	81	10	Spanien	57 30
Luxemburg	74	17	Lettland	56 29
Österreich	67	23	Belgien	54 37
Finnland	66	20	Griechenland	54 32
Deutschland	64	26	Frankreich	53 37
Estland	64	14	Portugal	52 33
Malta	64	18	Litauen	42 45
Slowakei	63	25	Italien	41 47
Niederlande	61	28	Zypern	40 47
Slowenien	60	27	Insgesamt	56 33

Rest zu 100: weiß nicht oder kann mich nicht spontan entscheiden;
Befragung von 17.535 EU-Bürgern ab 15 Jahren im Oktober 2016 (Eurobarometer)

Quelle: EU-Kommission
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

dings haben auch viele Mitgliedsstaaten nicht so reagiert, wie die Gründungsväter des Euro sich das vorgestellt hatten.

Richtig ist, dass Länder, die in einer Währungsunion sind, nicht mehr mit einer Abwertung reagieren können, wenn die heimische Wirtschaft schwächelt. Die Mitgliedsstaaten würden deshalb freiwillig Strukturreformen anstoßen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern oder wiederherzustellen – so die Annahme bei Gründung der Währungsunion.

Doch diese Hoffnung hatte sich bis zum Beginn der Krisen 2008 nicht ausreichend erfüllt. Danach kam es allerdings vor allem in Südeuropa zu erheblichen Strukturreformen auf den Arbeits- und Produktmärkten (siehe iwd 7/2015).

Intuition ist kein guter Anlageberater

Verhaltensökonomie. Bei der Geldanlage verlassen sich viele Anleger auf ihr Bauchgefühl – und machen deshalb immer dieselben Fehler.

Der rational handelnde Mensch ist zwar für Ökonomen der Idealtypus des Menschen, leider existiert der Homo oeconomicus aber nicht. Fakt ist vielmehr, dass sich Menschen oft von ihrer Intuition leiten lassen. Bei der Geldanlage führt das zu sieben typischen Fehlern:

Der Ankereffekt. Angenommen, Dirk Denkfehler hat einst eine Aktie für 50 Euro gekauft. Dieser Einstiegskurs ist sein Anker: Solange der aktuelle Kurs darunterliegt, wird er die Aktie nicht verkaufen. Stattdessen müsste sich Denkfehler fragen, ob er die Aktie auch heute wieder kaufen würde. Lautet die Antwort Nein, sollte er sie verkaufen – egal, wie viel er ursprünglich bezahlt hat.

Der Tunnelblick. Dirk Denkfehler hat sein Girokonto überzogen. Doch obwohl er noch ein gut gefülltes Sparkonto besitzt, das kaum Zinsen abwirft, schichtet er

das Geld nicht um, sondern zahlt lieber die hohen Dispozinsen. Der Grund für dieses irrationale Verhalten: Das Girokonto und das Sparguthaben werden mental getrennt verbucht.

Die Verlustaversion. Dirk Denkfehlers Aktien sind seit Jahren auf Talfahrt – doch statt sie zu verkaufen, hält er sie weiter. Dahinter steckt die Verlustaversion, also das Phänomen, dass sich manche Menschen über den Verlust von 1.000 Euro mehr ärgern, als sie sich über einen Gewinn in gleicher Höhe freuen.

Die Gegenwartspräferenz. Wie so viele Zeitgenossen kann Dirk Denkfehler dem Glückshormon Dopamin nicht widerstehen. Vor die Wahl gestellt, entweder sofort einen Gutschein über 100 Euro zu bekommen oder in vier Wochen 130 Euro in bar, entscheidet er sich – ökonomisch irrational – für den Gutschein.

Die nationale Brille. Mit deutschen Unternehmen kenne ich mich aus, ist Dirk Denkfehler überzeugt und kauft überwiegend deutsche Aktien – statt sein Risiko zu reduzieren, indem er sein Portfolio international streut. Damit ist Herr Denkfehler nicht allein (Grafik):

In den meisten Ländern bevorzugen die Anleger Aktien aus ihrem jeweiligen Heimatland.

Die Selbstüberschätzung. Dirk Denkfehler ist fest davon überzeugt, dass seine erfolgreiche Geldanlage allein auf seinem Mist gewachsen ist, während seine Verluste dem Zufall, einer schlechten Beratung oder irgendjemandem geschuldet sind – nur nicht ihm selbst.

Die Überreaktion. Immer wieder kaufen oder verkaufen Anleger die Aktien eines Unternehmens nur deshalb, weil die Medien gerade sehr viel über dieses Unternehmen berichten. Das gilt insbesondere für Anleger wie Dirk Denkfehler, die Schwierigkeiten haben, relevante Informationen zu identifizieren und zu filtern.

Aktionäre kaufen lieber daheim

Wer in Aktien investiert, sollte sein Portfolio möglichst international streuen, sprich diversifizieren. Tatsächlich aber bevorzugen die meisten Anleger Aktien aus ihrem Heimatland.

Differenz zwischen dem tatsächlichen und dem optimalen Portfoliogewicht 2015 in Prozent – je größer der Wert, desto weniger diversifizieren die Anleger

Japan	72
Griechenland	68
Spanien	68
USA	63
Frankreich	60
Deutschland	44
Österreich	35
Niederlande	19
Norwegen	17

Programmierte Steuererhöhung

Steuerpolitik. Die Grunderwerbssteuer kennt seit Jahren nur eine Richtung: nach oben. Inzwischen ist der Steuersatz in einigen Bundesländern fast doppelt so hoch wie vor acht Jahren – nicht zuletzt, weil die Länderchefs damit ihre Haushalte sanieren wollen. Eine verquere Regelung des Länderfinanzausgleichs kommt ihnen dabei sehr entgegen.

Die meisten Bundesländer verdienen heute an jedem Hauskauf deutlich mehr als noch vor wenigen Jahren. Im Jahr 2006 lag der Steuersatz beim Kauf eines Grundstücks bundesweit noch bei 3,5 Prozent, heute beträgt er im Durchschnitt mehr als 5 Prozent.

Der Grund für diese Steigerungen ist die Einführung der Steuersatzautonomie zum 1. September 2006: Seitdem dürfen die Länder die Höhe der Grunderwerbssteuer selbst festlegen – was einige besonders eifrig genutzt haben (Grafik):

Die höchsten Grunderwerbssteuern erheben Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Schleswig-Holstein und seit Anfang 2017 auch Thüringen mit jeweils 6,5 Prozent.

Dies hat zusammen mit dem Preisanstieg aufgrund des Immobilienbooms bewirkt, dass sich die bundesweiten Grunderwerbssteuereinnahmen von 2006 bis 2016 auf 12,4 Milliarden Euro verdoppelten.

Das Drehen an dieser Steuer-schraube ist für die Bundesländer deshalb besonders attraktiv, weil sie die Mehreinnahmen fast komplett behalten dürfen.

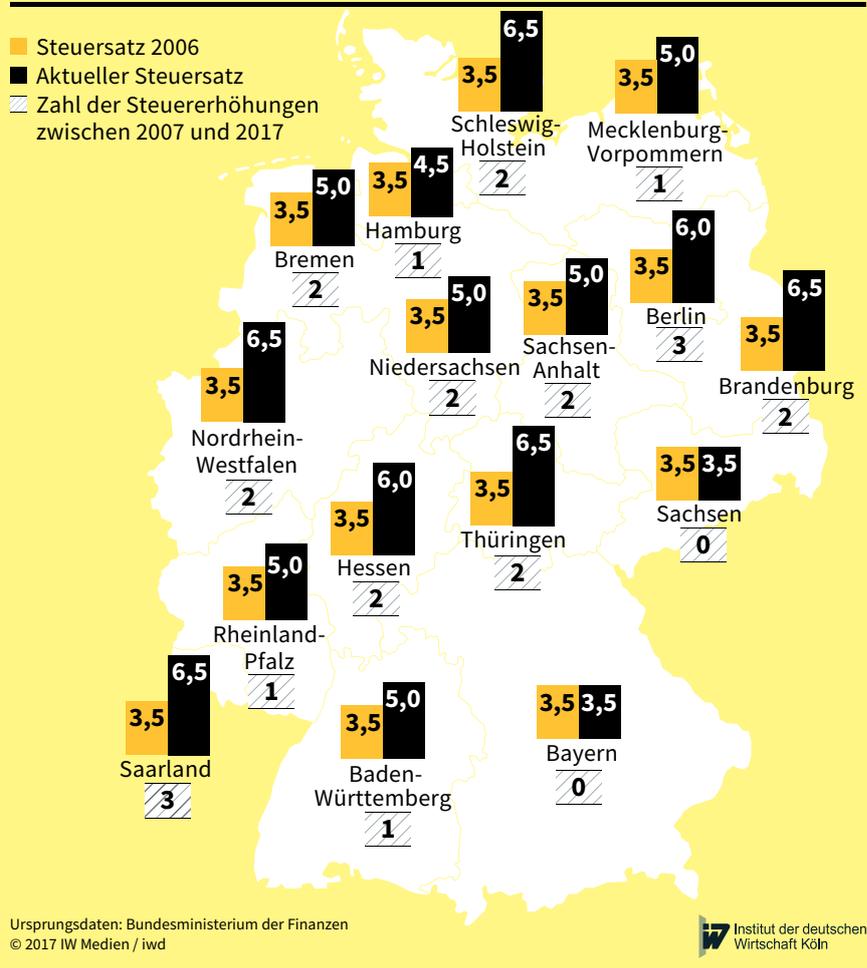
Das ist bei allen anderen Steuerarten nicht der Fall: Wenn ein finanzschwaches Land mehr Steuern einnimmt, weil sich zum Beispiel neue Unternehmen ansiedeln, dann erhöht sich zwar die Finanzkraft

dieses Landes. Dadurch sinken jedoch seine Ansprüche aus dem Solidartopf des Länderfinanzausgleichs. Das heißt, die höheren Steuereinnahmen werden dem Bundesland indirekt wieder wegge-

nommen. Dieses Prinzip gilt jedoch nicht für die Grunderwerbssteuer. Denn hier greift das sogenannte Normierungsverfahren des Länderfinanzausgleichs: Um einen Steuerwettbewerb nach unten zu vermeiden,

Grunderwerbssteuer: Und sie steigt und steigt

Seit 2006 können die Bundesländer ihre Grunderwerbssteuer selbst festlegen – seitdem haben die meisten ihre Steuersätze mehrfach erhöht



Wer die Steuern erhöht, wird belohnt

So viele Millionen Euro hätten die Bundesländer 2015 ohne das derzeitige Normierungsverfahren mehr (+) oder weniger (-) eingenommen

■ Je Einwohner in Euro

Seit 2006 können die Länder ihre Grunderwerbssteuer selbst festlegen. Gleichzeitig wurde der Länderfinanzausgleich angepasst: Um einen Steuerwettbewerb nach unten zu vermeiden, werden zur Berechnung der Finanzkraft eines Bundeslands bei der Grunderwerbssteuer nicht die tatsächlichen Steuereinnahmen herangezogen, sondern normierte Werte. Dieses Normierungsverfahren hat dazu geführt, dass die Länder einen Anreiz haben, ihre Steuersätze zu erhöhen – weil die Mehreinnahmen fast komplett im jeweiligen Bundesland bleiben.

Bayern	+453	+36	Bremen	+1	+1
Sachsen	+105	+26	Brandenburg	-4	-2
Hamburg	+28	+16	Baden-Württemberg	-8	-1
Niedersachsen	+6	+1	Saarland	-13	-13
Rheinland-Pfalz	+3	+1	Schleswig-Holstein	-111	-39
Sachsen-Anhalt	+1	+1	Hessen	-139	-23
Mecklenburg-Vorpommern	+1	+1	Berlin	-145	-42
Thüringen	+1	0	Nordrhein-Westfalen	-365	-21

Alle Euroangaben gerundet

Ursprungsdaten: Bundesministerium der Finanzen
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

so die Idee, werden zur Berechnung der Finanzkraft eines Bundeslands nicht seine tatsächlichen Steuereinnahmen herangezogen, sondern normierte Werte. Ist der Steuersatz höher als im Länderdurchschnitt, wird das Land dadurch ärmer gerechnet, als es tatsächlich ist – und umgekehrt.

Bei dieser verquerten Logik überrascht es nicht, dass sich die Länder einen Wettlauf um höhere Steuersätze liefern – nicht zuletzt wegen der Schuldenbremse: Ab 2020 dürfen die Bundesländer keine neuen Kredite aufnehmen, Ausnahmen gelten nur bei Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen (siehe iwd 14/2013).

Ohne das Normierungsverfahren, also mit den tatsächlichen Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer, sähe die Rechnung für die einzelnen Bundesländer ganz anders aus: Gewinner wären Bayern und Sachsen, also die beiden einzigen Bundesländer, die ihren Steuersatz für

Immobilienkäufe seit 2006 nicht erhöht haben (Grafik):

Ohne das Normierungsverfahren hätte Bayern 2015 rund 450 Millionen Euro mehr in der Landeskasse gehabt, Sachsen wäre auf ein Plus von gut 100 Millionen Euro gekommen.

Für die Bundesländer mit einem Grunderwerbssteuersatz von etwa 5 Prozent würde sich dagegen kaum etwas ändern.

Mit spürbar weniger Geld auskommen müssten vor allem die Politiker in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hessen und Schleswig-Holstein – allesamt Länder mit einem Grunderwerbssteuersatz von mindestens 6 Prozent.

Profitieren würde auch der Bund: Aufgrund der höheren Finanzkraft der Länder müsste er fast 200 Millionen Euro weniger Ergänzungsweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs zahlen.

Zwar führt das Normierungsverfahren zu Verzerrungen, eine komplette Abschaffung wäre allerdings auch keine Lösung. Denn dann gäbe

es umgekehrt Anreize zu drastischen Steuersatzsenkungen – und für die entstehenden Einnahmeverluste müsste die Solidargemeinschaft aus Bund und Ländern aufkommen.

Sinnvoll wäre vielmehr die Festsetzung eines fixen Steuersatzes von zum Beispiel 3,5 Prozent für die Normierung. Dann müssten die Landespolitiker mit den Konsequenzen einer Senkung oder Erhöhung des Grunderwerbssteuersatzes eigenverantwortlich klarkommen; und die Wähler, sprich Hauskäufer, könnten dies belohnen oder abstrafen. Das wäre im Gegensatz zum heutigen Verfahren ein Schritt in Richtung funktionierende Steuerautonomie der Bundesländer.

Leider haben es Bund und Länder bei ihren Verhandlungen über eine Neuregelung der Bund-Länder-Finzen ab dem Jahr 2020 versäumt, diesen Fehler im System zu korrigieren. Eine allerletzte Chance gibt es immerhin noch: Bundestag und Bundesrat stimmen erst in einigen Wochen über die Reform des Länderfinanzausgleichs ab.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
 (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
 Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
 € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
 inkl. Mehrwertsteuer,
 Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
 elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de

iw.köln.wissen
 SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Engagierte Kicker

Zu den guten Vorsätzen für das noch junge Jahr gehört für viele Menschen, mehr Sport zu treiben. Und erfahrungsgemäß lässt sich der innere Schweinehund am besten gemeinsam mit anderen Sportlern besiegen. Kein Wunder also, dass nahezu 25 Millionen Bundesbürger Mitglied in einem Sportverein sind. Besonders lebendig ist das Vereinsleben im Südwesten Deutschlands – von je 1.000 Saarländern gehörten zuletzt 375 einem Sportclub an. Auf der Liste der beliebtesten Vereinssportarten steht Fußball mit fast sieben Millionen Aktiven ganz oben, gefolgt von Turnern mit knapp fünf Millionen und Tennis mit gut 1,4 Millionen. Vor allem die Ballsportarten sind allerdings noch immer eine Domäne der Männer. Rund 60 Prozent aller Mitglieder in den deutschen Sportvereinen sind männlich.

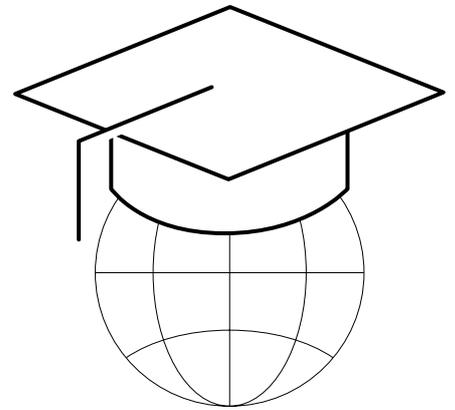
Sport im Verein					
Mitgliedschaften je 1.000 Einwohner im Jahr 2015					
Saarland	375	Hamburg	324	Sachsen	153
Rheinland-Pfalz	352	Nordrhein-Westfalen	285	Sachsen-Anhalt	152
Baden-Württemberg	340	Schleswig-Holstein	274	Mecklenburg-Vorpommern	150
Bayern	339	Bremen	242	Brandenburg	132
Niedersachsen	336	Berlin	176		
Hessen	333	Thüringen	168		

Mitgliedschaften: in Vereinen, die dem Deutschen Olympischen Sportbund angeschlossen sind; Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt: einschließlich Mitgliedschaften von Verbänden mit besonderen Aufgaben (zum Beispiel Allgemeiner Deutscher Hochschulsportverband, Deutscher Betriebssportverband)

Ursprungsdaten: Deutscher Olympischer Sportbund, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Bundesamt
 © 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Zahl der Woche



251.000
ausländische Studenten

waren im Wintersemester 2015/16 an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Vor zehn Jahren waren es mit knapp 190.000 Studenten noch deutlich weniger. Dass immer mehr junge Leute fernab ihres Heimatlandes studieren, ist auch ein Verdienst des Erasmus-Programms. Das EU-Austauschprogramm wird dieses Jahr 30 Jahre alt.

Neu auf iwd.de: Arbeitsmarkt im Aufwind – aber wie lange noch?

Für den deutschen Arbeitsmarkt waren die Jahre 2015 und 2016 bemerkenswert: Die Zahl der Erwerbstätigen ist um insgesamt gut 800.000 gestiegen, die der Arbeitslosen um mehr als 200.000 gesunken. Und 2017 wird es wohl weiter aufwärtsgehen. Das sollte allerdings nicht über eines hinwegtäuschen: Die Flüchtlinge von heute werden die Arbeitslosen von morgen sein – wenn die Politik nicht bestimmte Weichen richtig stellt.

